

in Dresden bewerten, in denen er auf Grund der Eindrücke seiner eben abgeschlossenen Weltreise die Hindernisse unserer Exportförderung schilderte. Hier gilt es auch, erneut an die Zweischneidigkeit der Auslandsanleihen zu erinnern. Die darin zum Ausdruck kommende Kaufkraftübertragung von Land zu Land kann sich, da ja nicht Geld, sondern nur Werte übertragen werden können, nicht anders als in gesteigerter Fremdwareneinfuhr äußern. Mittelbar bekommt das auch der Buchhandel zu spüren, und er sogar ganz besonders; denn die durch die Anleihen zwangsläufig auf Auslandsbezüge abgelenkte Kaufkraft fehlt nun natürlich vor allen Dingen solch ausgesprochenem Inlandsangebot wie dem Buch gegenüber als Nachfrage.

Das Ausland, namentlich Amerika, beurteilt unsre Lage im übrigen offensichtlich optimistischer als wir selbst. Das Erfreulichste dabei ist, daß trotz dieser Einstellung die Stimmung im Auslande einer Reform des Dawes-Planes ebenfalls immer günstiger wird. Eine kleine, noch nicht sehr wesentliche Änderung ist ja gerade in den letzten Wochen bereits Wirklichkeit geworden. Man spricht aber schon sehr deutlich davon, daß eine umfassende, grundlegende Reform unausbleiblich sei. Dabei darf man sich daran erinnern, daß der Vater des ganzen Planes, General Dawes, schon im März 1924 erklärt hat: »Das Gutachten ist auf die Dauer nicht gut. Es ist aber das Beste, was im Moment zu erreichen war. Und es ist entschieden besser als gar nichts. Die Zeit wird jedoch kommen, wo es im Interesse der Alliierten sowie Deutschlands abgeändert werden muß«. Diese Zeit rückt nun in der Tat eben näher. Wir haben seinerzeit an dieser Stelle bei der Annahme des Planes durch Deutschland betont, daß er in erster Linie als politisches Instrument zu werten sei, daß deswegen über seine unkegelnbaren wirtschaftlichen Schattenseiten und Gefahren im Augenblick hinweggesehen werden müsse, zumal da sich seine politische Wirksamkeit gerade in der Offenbarung des Widersinns seiner wirtschaftlichen Grundlagen zeigen werde. Wenn heute gerade Frankreich unverkennbar zu seinem eigenen Schaden noch der unabwendbaren Revision widerstrebt, so liegt das nicht zuletzt daran, daß es eben seine Niederlage schließlich nicht gern selber anerkennen will. Selbstverständlich ist die Revision nur im Rahmen einer Gesamtvereinbarung des wirtschaftlichen Unsinn von Versailles möglich. Wenn nicht alles trügt, steht dabei auch nicht so sehr oder wenigstens nicht allein die internationale Schuldenfrage im Vordergrund, sondern die Herstellung wirklich des europäischen Wirtschaftsfriedens. Darauf kommt es vor allem den Vereinigten Staaten an. Der amerikanische Schatzminister Mellon, vielleicht der kommende Herr des Weißen Hauses in Washington, hat das kürzlich sehr deutlich so gekennzeichnet:

Die amerikanische Regierung und die amerikanische Wirtschaft haben das größte Interesse daran, daß die durch Krieg und Inflation so arg mitgenommenen europäischen Staaten wieder gefunden, denn die Prosperität Amerikas ist unzertrennlich mit dem wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau in Europa verbunden. Europa ist von jeher Amerikas bester Abnehmer gewesen, und ein Nachlassen der Fähigkeit Europas, amerikanische Lebensmittel, Baumwolle, Tabak und Automobile zu absorbieren, würde einen direkt katastrophalen Einfluß auf die amerikanische Wirtschaft haben. Anzeichen eines solchen Nachlassens sind nun in den letzten Monaten vorhanden gewesen und sind sogar in den amerikanischen Ausfuhrziffern nach Europa praktisch zum Ausdruck gekommen, eine Tatsache, die die amerikanische Regierung, Industrie und Landwirtschaft mit Beforgnis erfüllt hat.

Im November dieses Jahres finden in den Vereinigten Staaten Kongresswahlen statt. Dieser Umstand ist von ausschlaggebender Bedeutung. Da man heute noch nicht weiß, welche Mehrheit der neue Kongress aufweisen wird, ist vorläufig jede Entscheidung vertagt, vor allem in der ausschlaggebenden Frage der amerikanisch-französischen Schuldenregelung. Coolidge und seine Regierung lehnen im Augenblick jedes Entgegenkommen ab, da unbestimmt ist, ob der neue Kongress sie nicht desavouieren würde, der alte Kongress aber auch nicht mehr die Verantwortung für ein entsprechendes Mandat übernehmen will. Umgekehrt will sich auch Poincaré erst entscheiden, wenn er weiß, daß es der neue Kongress nicht billiger macht. Wir müssen wahrscheinlich also bis

zum Winter warten. Daß die Frage der Schuldenregelung in der Tat für die amerikanischen Wahlen ausschlaggebend wird, zeigte eben eine Meldung der Industrie- und Handelszeitung. Danach hat der ehemalige Gouverneur von Ohio, James M. Cox, der 1920 demokratischer Präsidentschaftskandidat gegen Harding war, in einer Unterredung mit dem Pariser Mitarbeiter der Ind.- u. Hand.-Ztg. das Resultat seiner Beobachtungen in Europa, welches, wie er sagte, dem Programm der demokratischen Partei bei den kommenden Kongresswahlen einverleibt werden wird, kurz dahin zusammengefaßt: »Amerika sollte in seinem eigenen besten Interesse die Schulden der europäischen Staaten entweder ganz streichen oder erheblich herabsetzen und ferner sofortige Schritte unternehmen, den bestehenden Zolltarif einer Revision nach unten zu unterziehen.« Genauer führte er aus:

»Was die Kriegsschulden angeht, so ist es klar, daß Europa diese nicht in ihrer bestehenden Form bezahlen und dabei wirtschaftlich gedeihen kann. Amerika würde also gut tun, um sich Europa als dauerndes Absatzgebiet zu sichern, diese Schulden ganz zu streichen. Da dieses jedoch bei der heutigen Stimmung des amerikanischen Volkes nicht möglich ist, werde ich, als zweitbestes Mittel, meiner Partei empfehlen, den Plan einer sofortigen und nicht unerheblichen Herabsetzung dieser Schulden ihrem Programm für die Herbstwahlen beizufügen. Wie ich aus Washington zu diesem Gedanken erfahren habe, sind auch viele Mitglieder der Regierung und Führer der republikanischen Partei der Idee einer internationalen Konferenz zur allgemeinen Herabsetzung der Kriegsschulden nicht abgeneigt. Jedenfalls wird die demokratische Partei gerade in dieser Richtung alles tun, was sie kann, da sie einen solchen Schritt für Amerikas Gedeihen und Prestige im Ausland als unerlässlich ansieht.«

Diese Stellungnahme des demokratischen Führers erinnert stark an die oben angezogenen Äußerungen des Republikaners Mellon. Auch die Frage der Zolltarifrevision ist für die europäische Wirtschaft von höchster Bedeutung, und die Kommission, die bereits in diesem Frühjahr zum Studium des Zolltarifs von der Regierung eingesetzt wurde, hat kürzlich einen Bericht erstattet, in dem eine allgemeine Herabsetzung des jetzigen Tarifs um 25% empfohlen wird. Dieser Bericht ist in gewissen Kreisen der amerikanischen Industrie und Wirtschaft auf starken Widerstand gestoßen, hat aber bei den Warenhausbesitzern, den Importeuren, vielen Banken und einem großen Teil des Publikums Unterstützung gefunden. Eine Entscheidung der Regierung liegt noch nicht vor, da man in Washington eben offensichtlich auf den Ausgang der Herbstwahlen als Barometer für die amerikanische Stimmung auch über diesen Punkt wartet. Kommt es zu einem Abbau des amerikanischen Hochzollschutzes, so wäre das vermutlich der Anstoß zu einer Erschütterung der Zollmauern auch in den anderen Staaten und eine starke Unterstützung der Forderung der Internationalen Handelskammer, die längst für allgemeine Handelserleichterung plädiert. Sicherlich müßte das zu einer allgemeinen Geschäftsbelebung führen. Für die herrschende republikanische Partei in Amerika wäre es aber vielleicht wertvoller, wenn sie im November den von ihr umworbenen Wählern nicht nur Zukunftswchsel zu präsentieren, sondern wirklich greifbare Vorteile und Erfolge vorzuweisen vermöchte. Ihren Sieg bei den letzten Präsidentschaftswahlen verdankte sie nicht zuletzt dem Umstand, daß sie damals den Farmern im rechten Augenblick steigende Weizenpreise zu schaffen verstand. Wird jetzt vielleicht doch noch ein entsprechendes Geschäft mit Frankreich zustande kommen? Mellon hat noch fast zwei Monate Zeit. Wird Poincaré so lange aushalten? Wird Genf das Geschäft erleichtern? Washington hat immer wieder betont, daß eine isolierte Sanierung allein Frankreichs nicht seinen Plänen entspreche, daß vielmehr nur eine Generalsanierung Gesamt Europas in Frage komme. Dabei zieht es auch Rußland mit in seine Rechnung ein. Mitte August weilte eine amerikanische Industrie- und Finanz-Kommission, bestehend aus 25 Sachverständigen auf allen wichtigen Gebieten des Wirtschafts- und Geldwesens, in Moskau, um eingehende Studien der wirtschaftlichen Lage in Sowjetrußland im Interesse der Ausdehnung des ameri-